

Sitzungsvorlage

für den Gemeinderat
am 17.10.2022



Sachbearbeiter: Fr. Lappöhn		Amt: Finanzverwaltung	Az.: 905.16	SV: 69
Datum	Gremium		TOP	
17.10.2022	Gemeinderat	öffentlich	6	

TOP 6: Satzung zur Anpassung örtlicher Satzungen an den § 2b UStG

- a) Feuerwehrkostenersatzsatzung
- b) Friedhofssatzung
- c) Verwaltungsgebührensatzung

Anlagen: Anlage 1 – § 2b UStG-Anpassungs-Satzung

I. Sachverhalt:

Mit Blick auf die gesetzliche Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand und insbesondere der Vorschrift des § 2b UStG ist zu prüfen, inwieweit den Satzungen oder Gebührenverzeichnissen Leistungen zugrunde liegen, bei denen ein möglicher Wettbewerb zu Dritten und somit eine Umsatzsteuerpflicht vorliegt. Dabei soll ein „Steuer-Disclaimer“ in die örtlichen Satzungen oder Gebührenverzeichnisse aufgenommen werden, um umsatzsteuerrechtliche Risiken im Kontext dieser Neuregelung abzufangen.

Um den Aufwand für die Änderung der Vielzahl von Satzungen oder Gebührenverzeichnissen in Grenzen zu halten, hat der Gemeindetag Baden-Württemberg ein Satzungsmuster für die Umstellung in Form einer so genannten Artikelsatzung erarbeitet.

Die vorliegende § 2b UStG-Anpassungs-Satzung enthält die Änderung der Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung (FwKS), der Friedhofssatzung und der Verwaltungsgebührensatzung.

II. Alternativen:

Keine.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

IV. Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt die § 2b UStG-Anpassungs-Satzung in der in Anlage 1 dargestellten Form. Die Satzung tritt zum 01.01.2023 in Kraft.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die § 2b UStG-Anpassungs-Satzung öffentlich bekannt zu machen.

**Satzung zur Anpassung örtlicher Satzungen an § 2b UStG der Gemeinde Schlierbach
(§ 2b UStG-Anpassungs-Satzung)**

vom 17.10.2022

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 6, 11, 13, 15 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) in Verbindung mit § 34 Absatz 4 des Feuerwehrgesetzes und §§ 12 Abs. 2, 13 Abs. 1, 15 Abs. 1, 39 Abs. 2 und 49 Abs. 3 Nr. 2 des Bestattungsgesetzes hat der Gemeinderat der Gemeinde Schlierbach am 17.10.2022 folgende Satzung zur Anpassung örtlicher Satzungen an § 2b UStG (§ 2b UStG-Anpassungs-Satzung) beschlossen:

**Artikel 1
Änderung der Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung – FwKS**

Die Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung in der Fassung vom 09.05.2022, veröffentlicht auf der Gemeindehomepage am 13.05.2022 wird wie folgt geändert:

1. Nach § 6 wird folgender § 6 a eingefügt:

**§ 6 a
Umsatzsteuer**

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

**Artikel 2
Änderung der Friedhofssatzung**

Die Friedhofssatzung in der Fassung vom 15.11.2021, veröffentlicht auf der Gemeindehomepage am 18.11.2021 wird wie folgt geändert:

1. Nach § 29 wird folgender § 29 a eingefügt:

**§ 29 a
Umsatzsteuer:**

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

Artikel 3

Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

Die Verwaltungsgebührensatzung in der Fassung vom 08.10.2001, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde am 12.10.2001 wird wie folgt geändert:

1. Nach § 4 wird folgender § 4 a eingefügt:

§ 4 a

Umsatzsteuer:

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

Artikel 4

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen der zu ändernden Satzungen unberührt. Für Entgelte, die bereits vor diesem Zeitpunkt entstanden und erst nach dem 31. Dezember 2022 zu entrichten sind, gelten für die Bemessung die Satzungsbestimmungen, die zum Zeitpunkt ihrer Entstehung gegolten haben.

Sascha Krötz
Bürgermeister